

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die **Sitzung des Gemeinderates**

der **Gemeinde Roßleithen** am **18.09.2015**

Sitzungsort: Sitzungssaal der Gemeinde Roßleithen

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

Anwesende:

Bürgermeisterin

Dittersdorfer, Gabriele

SPÖ

Vizebgm.

Pawluk, Kurt

SPÖ

GV SPÖ

Grassecker, Karl

SPÖ

GR SPÖ

Pfeiffenberger, Marina

SPÖ

Redtenbacher, Herbert DI

SPÖ

Eder, Johann

SPÖ

Atzmüller, Harald

SPÖ

GR-Ersatz

Atzmüller, Wolfgang

SPÖ

Vertretung für Frau Gerlinde Grill

Redtenbacher, Hermann

SPÖ

Vertretung für Herrn Josef Ballenstorfer

GR ÖVP

Brandstetter, Anneliese

ÖVP

Pernkopf, Florian

ÖVP

Schober, Stefan

ÖVP

Abwesende:

GR SPÖ

Grill, Gerlinde

SPÖ

Ballenstorfer, Josef

SPÖ

GV ÖVP

Stummer, Josef DI

ÖVP

Menneweger, Reinhard

ÖVP

GR ÖVP

Wolff, Horst Peter DI

ÖVP

Ferstl, Gertrud

ÖVP

Baumschlager, Horst

ÖVP

Kaltenbrunner, Willibald

ÖVP

GR-Ersatz

Stummer, Alexandra

ÖVP

Vertretung für Herrn DI Horst Peter Wolff

Schober, Ulrike

ÖVP

Vertretung für Herrn DI Josef Stummer

Brandstetter, Gerhard

ÖVP

Vertretung für Herrn Reinhard Menneweger

GR FPÖ

Perner, Bernhard

FPÖ

Protokollführer

Schoengruber, Evelyn

Protokollführer Ersatz

Aigner, August

Die Vorsitzende eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihr – der Bürgermeisterin - einberufen wurde;
- b) die Verständigung hierzu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 04.09.2015 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
- c) die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tage öffentlich kundgemacht wurde;
- d) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- e) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 19.06.2015 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Sodann gibt die Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:

Top 6 [Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5 (Änderungsplan Nr. 5.11 – Schmid Hannes) Genehmigung – Beschluss] wird abgesetzt.

Tagesordnung:

1. Projekt "Alpiner Schiweltcup 2016 - ÖSV Regionalpaket"; Finanzierungsplan - Beschluss
2. Projekt "Ankauf Kommunalfahrzeug (gebrauchter PKW-Kombi für den Bauhof)"; Finanzierungsplan - Beschluss
3. Projekt "Erweiterung der Außenanlagen bei der Volksschule Roßleithen (Errichtung Parkplätze, Funcourt, Sport- und Spielflächen)"; Finanzierungsplan - Beschluss
4. Projekt "Katastrophenschäden im Eigentum der Gemeinde inkl. WEV-Schadensanteil (Hochwasser 2013)" - Überfinanzierung; Finanzierungsplan - Beschluss
5. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5 (Änderungsplan Nr. 5.10 - A1-Telekom Austria/Perner Adolf); Genehmigung - Beschluss
6. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5 (Änderungsplan Nr. 5.11 - Schmid Hannes) Genehmigung - Beschluss
7. Bericht des Prüfungsausschusses vom 27.08.2015 - Kenntnisnahme
8. Allfälliges

1. Projekt "Alpiner Schiweltcup 2016 - ÖSV Regionalpaket"; Finanzierungsplan - Beschluss

Sachverhalt:

Der alpine Schiweltcup macht von 27.02. bis 28.02.2016 mit einem Super-G und einem Riesentorlauf wieder in Hinterstoder Station. Dieser Mega-Event, der die Blicke der Sportwelt für mehrere Tage in die Pyhrn-Priel-Region lenkt, wird als ganz große Chance der regionalen Entwicklung gesehen. Daher versuchten die Bürgermeister der 9 Pyhrn-Priel-Gemeinden dieses Projekt in der Form zu unterstützen, in dem an die jeweils zuständigen Referenzen LH Stv. Ing. Reinhold Entholzer und LR Max Hiegelsberger Ansuchen um die Gewährung von Bedarfszuweisung gerichtet wurden. Die Federführung hinsichtlich des konkreten Ansuchens lag in den Händen der Gemeinde Hinterstoder.

Höhe des beantragten ÖSV-Regionalpaktes: € 220.000,00

Beim letzten Weltcup wurde das Regionalpaket für die 9 Gemeinden von den Gemeinderessorts LR Ackerl und LR Stockinger ebenfalls durch BZ-Mittel im selben Ausmaß unterstützt.

Mit Schreiben vom 19.08.2015 übermittelte die Direktion Inneres und Kommunales des Landes Oö. auf Grundlage des Antrages der Gemeinde Hinterstoder folgende Finanzierungsdarstellung, die nun vom Gemeinderat zu beschließen ist. Dieser Beschluss des Finanzierungsplanes ist von allen neun beteiligten Gemeinden herbeizuführen.

Bezeichnung der Finanzierungsmittel	2016	Gesamt in Euro
BZ-Mittel (Edlbach)	24.445	24.445
BZ-Mittel (Hinterstoder)	24.445	24.445
BZ-Mittel (Klaus an der Pyhrnbahn)	24.444	24.444
BZ-Mittel (Roßleithen)	24.444	24.444
BZ-Mittel (Rosenau am Hengstpaß)	24.444	24.444
BZ-Mittel (Spital am Pyhm)	24.444	24.444
BZ-Mittel (St. Pankraz)	24.444	24.444
BZ-Mittel (Vorderstoder)	24.445	24.445
BZ-Mittel (Windischgarsten)	24.445	24.445
Summe in Euro	220.000	220.000

GR Pfeiffenberger:

Dankt Bgm. Dittersdorfer für die Ausführungen. Wie bereits gehört, finden vom 27.02. bis 28.02.2016 ein Super-G und ein Riesentorlauf in Hinterstoder statt. Dieser tolle Event ist eine Chance für die regionale Entwicklung. Die Gesamtkosten belaufen sich auf € 220.000,-. Unsere Gemeinde müsste € 24.444,- finanzieren, wobei sie vom Land Oö. durch BZ-Mittel unterstützt wird. GR Pfeiffenberger stellt den Antrag, den Finanzierungsplan in der vorliegenden Form zu beschließen.

GR Schober:

Schließt sich dem Antrag an. Die Veranstaltung hat einen großen Werbeeffect für den Sommer- und Wintertourismus.

GR Perner:

Der Event bedeutet Werbung für die Pyhrn-Priel-Region. GR Perner schließt sich dem Antrag an. Da er z.B. bei den Staatsmeisterschaften des Reitvereins immer eine Einnahmen- und Ausgaben-

rechnung vorlegen musste, fragt GR Perner, ob auch für den Schiweltcup eine Einnahmen- und Ausgabenrechnung gemacht wird bzw. ob vom letzten Mal eine vorliegt.

Bgm. Dittersdorfer:

Bgm. Dittersdorfer erklärt, dass die Gemeinde Hinterstoder der Antragsteller ist. Man müsste hinterfragen, wie die Gemeinde die Abrechnung handhabt. Bgm. Dittersdorfer geht davon aus, dass ein Nachweis vorhanden sein muss.

GR Perner:

Fragt, ob die Gemeinde Roßleithen hier keine Unterlagen bekommt.

Bgm. Dittersdorfer:

Erklärt, dass bei jedem gemeindeübergreifenden Projekt die Antragstellergemeinde die formelle Abwicklung übernimmt. Daher bekommt die Gemeinde Roßleithen keine Unterlagen. Als Beispiel nennt sie das Loipengerät, wo Roßleithen mit Windischgarsten und Edlbach zusammenarbeitet. Das Loipengerät steht in Windischgarsten. Windischgarsten ist der Antragsteller und ist somit für die Abwicklung zuständig. Die Gemeinde Hinterstoder kann gerne darum gebeten werden in Zukunft die Abrechnungen auch an die Gemeinde Roßleithen weiterzuleiten, falls dies gewünscht ist.

GR Perner:

Jedes Geld, das vom Land Oö. kommt, ist unser Geld. GR Perner würde es interessieren, wofür dieses Geld genau verwendet wird.

Bgm. Dittersdorfer:

Man wird sich am Gemeindeamt Hinterstoder erkundigen. Wenn die Unterlagen vorliegen, können sie in der nächsten Sitzung erklärt werden.

Beschluss:

Der Finanzierungsplan für das Projekt „Alpiner Schiweltcup 2016 – ÖSV Regionalpaket“ wird vom Gemeinderat durch Handhebung einstimmig und in der vorliegenden Form beschlossen.

2. Projekt "Ankauf Kommunalfahrzeug (gebrauchter PKW-Kombi für den Bauhof)"; Finanzierungsplan - Beschluss

Sachverhalt:

Für die beiden Mitarbeiter des Gemeindebauhofes Neudeck und Steindl steht derzeit ein Traktor (Steyr 9105 MT) zur Verfügung. Ein zusätzlicher Kleintraktor wird für den Winterdienst und Mäharbeiten an Straßenböschungen eingesetzt. Der Ford-Kastenwagen wird von Gerhard Eder für die Betreuung der WVA, des Ortskanals usw. verwendet.

Die Durchführung von diversen kleineren Reparaturarbeiten (Verkehrszeichen, Gebäuden, Spielplätzen, Straßen- u. Wanderwegenetz) ließe sich bei Vorhandensein eines PKW-Kombi viel effizienter und kostengünstiger bewerkstelligen. Kilometerlange Fahrten mit dem Traktor könnten vermieden werden. Ein weiterer Vorteil wäre, dass diverse Arbeiten durch 1 Person abgewickelt werden könnten, da mit dem PKW ein weiteres Transportmittel zur Verfügung stehen würde.

Die Gemeinde hat daher beim Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Inneres und Kommunales einen Antrag auf Genehmigung von BZ-Mittel für den Ankauf eines gebrauchten PKW-Kombi angesucht. Kosten ca. € 7.490,00 inkl. MwSt. lt. Kostenschätzung

Mit Schreiben vom 27.07.2015 übermittelte die Direktion Inneres und Kommunales des Landes Oö. auf Grund des Antrages der Gemeinde folgende Finanzierungsdarstellung, die nun vom Gemeinderat zu beschließen wäre.

Zur vorliegenden Finanzierungsdarstellung ist anzumerken, dass im Betrag von € 7.116,00 der anteilige Vorsteuerabzug (30 % von 20 % MwSt. = € 374,00) bereits berücksichtigt wurde.

Bezeichnung der Finanzierungsmittel	2015	Gesamt in Euro
BZ-Mittel	7.116,00	7.116,00

Vizebgm. Pawluk:

Die Wichtigkeit für den Ankauf eines PKWs ist auf jeden Fall gegeben. Durch die Schneeketten sind der Reifenverschleiß und der Kraftstoffverbrauch im Winter enorm. Vizebgm. Pawluk bedankt sich bei Bgm. Dittersdorfer für die Beschaffung von finanziellen Mitteln im Wert von € 7.116,- und stellt den Antrag, den betreffenden Finanzierungsplan in der vorliegenden Form zu beschließen.

GR Kaltenbrunner:

Schließt sich dem Antrag an. Da Roßleithen eine flächenmäßig große Gemeinde ist und die Bauhofmitarbeiter schnell von einem Punkt zum anderen gelangen sollten, ist der Ankauf eines PKWs eine positive Sache. Man kann nur hoffen, dass sich der Ankauf irgendwann rechnet und die € 7.116,- einmal irgendwo übrig bleiben. Außerdem sollte der Fuhrpark nicht zu groß werden.

Beschluss:

Der Finanzierungsplan für das Projekt „Ankauf Kommunalfahrzeug (gebrauchter PKW-Kombi für den Bauhof)“ wird vom Gemeinderat durch Handhebung einstimmig und in der vorliegenden Form beschlossen.

3. Projekt "Erweiterung der Außenanlagen bei der Volksschule Roßleithen (Errichtung Parkplätze, Funcourt, Sport- und Spielflächen)"; Finanzierungsplan - Beschluss

Sachverhalt:

Die Volksschule Roßleithen verfügt derzeit nur über einen sehr winzigen Spielplatz im Schulhof. Da die Volksschule seit 2012 als Ganztageschule geführt wird, verbringen die Kinder den Freizeitteil in der Nachmittagsbetreuung häufig im Freien, um sich auch körperlich austoben zu können. Es ist in der heutigen Zeit des Bewusstseins für gesunde Bewegung dringend nötig, eine Sport- und Spielfläche für die rund 60 Volksschulkinder zu schaffen. Außerdem haben auch die Jugendlichen von Roßleithen keinen Platz für sportliche Aktivitäten. Ein Funcourt wäre die Lösung nicht nur für die Volksschulkinder, sondern auch für Jugendliche. Eine erweiterte Parkplatzfläche soll im Zuge dieses Projektes geschaffen werden, da der Schulhof zurzeit aus Platzmangel auch für parkende Autos verwendet wird. Die sehr ungünstige Zufahrt zur Schule genau im Kurvenbereich soll im Zuge dieses Projektes ebenfalls verlegt und somit eine Gefahrenquelle beseitigt werden. Lt. Kostenschätzung von BM Ing. Kniewasser betragen die Gesamtkosten € 410.197,00.

Von der Bürgermeisterin wurde bei verschiedenen Stellen des Landes Oberösterreich um die Gewährung von Fördermittel angesucht. Die jeweilige Höhe der Fördermittel ist in der u.a. Finanzierungsaufstellung ersichtlich. Von der Direktion Bildung und Gesellschaft wurde das diesbezüglich Ansuchen um Fördermittel mit dem Hinweis abgelehnt, dass die vorhandenen KFZ-Abstellplätze ausreichen und der Volksschule bereits ausreichend Freiflächen zur Verfügung stehen. Die geplanten Maßnahmen stellen daher kein schulisches Erfordernis dar.

Für die Finanzierung der Kosten für die Planung und Projektbetreuung gibt es bereits eine Zusage von BZ-Mittel in Höhe von € 8.640,00 (Beschluss GR am 12.12.2014). Diese Kosten sind in der nunmehr vorliegenden Finanzierungsdarstellung enthalten, somit ist der Beschluss vom 12.12.2014 für die Finanzierung der Planung und Projektbetreuung gegenstandslos.

Mit Schreiben vom 27.08.2015 übermittelte die Direktion Inneres und Kommunales des Landes Oö. auf Grund der Vorsprache der Bürgermeisterin beim zuständigen Referenten Ing. Reinhold Entholzer folgende Finanzierungsdarstellung, die nun vom Gemeinderat zu beschließen wäre:

Bezeichnung der Finanzierungsmittel	2015	2016	2017	2018	2019	Gesamt in Euro
LZ, Sport - Funcourt		12.000				12.000
LZ, Straßenmeisterei, Personaleinsatz		40.000				40.000
BZ-Mittel - Errichtung		90.000	90.000	90.000	79.557	349.557
BZ-Mittel - Planung / Projektbetreuung	8.640					8.640
Summe in Euro	8.640	142.000	90.000	90.000	79.557	410.197

Bgm. Dittersdorfer:

Am 3. Juli 2014 wurde der einstimmige Grundsatzbeschluss gefasst die Spiel- und Sportfläche bei der Schule zu erweitern, einen Funcourt zu errichten und die Parkflächen zu erweitern. In Summe haben 9 Sitzungen zu diesem Thema stattgefunden. Das Projekt wurde in allen Gremien und Fraktionen von hinten bis vorne besprochen. Am 19.11.2014 hat die erste AK-Sitzung stattgefunden. Im Arbeitskreis waren der Familienausschussobmann, die Sportausschussobfrau, der Schulausschussobmann, Dir.ⁱⁿ Pölz, Herr Albert Kreutzhuber vom Elternverein und Frau Gerlinde Reitmann von der Nachmittagsbetreuung vertreten. Nach dieser Sitzung hat jeder der betreffenden Ausschüsse in einer eigenen Sitzung beraten. Am 13. März 2015 wurde der Plan im Arbeitskreis fertiggestellt. Baumeister Siegfried Kniewasser und Herr Platzer von der Fa. Gestra haben den AK dabei unterstützt. Am Ende dieser Sitzung waren alle Beteiligten mit der Endfassung des Plans einverstanden. Bgm. Dittersdorfer hat die Endfassung des Plans in der Gemeinderatssitzung am 24.04.2015 vorgestellt und die Finanzierung in Höhe von € 410.197,- erklärt. Anschließend hat Bgm. Dittersdorfer beim Land Oö. um finanzielle Mittel angesucht. Sie hat sich sehr darum bemüht, dass die Gemeinde das Geld bekommt. Nun liegt der Finanzierungsplan vor und wäre vom GR zu beschließen. Verwundert hat Bgm. Dittersdorfer die Vorgehensweise von LR Doris Hummer. Im Vorjahr wurden mündlich noch € 50.000,- zugesagt. Nach Einreichung des Projektes im März dieses Jahres vergingen 4 Monate ohne eine Antwort. Bgm. Dittersdorfer hat etliche Male vergebens versucht einen Termin zu bekommen um das Projekt vorzustellen. Im Juli ist ein Schreiben der Direktion Bildung und Gesellschaft am Gemeindeamt eingelangt worin steht:

Zu den geplanten Maßnahmen teilen wir mit, dass aufgrund der Anzahl der geführten Volksschulklassen aus schulischer Sicht 4 KFZ-Abstellplätze erforderlich sind, die laut übermittelter Skizze bereits beim Schulgebäude vorhanden sind und der Volksschule laut Skizze bereits ausreichend Freiflächen (Vorplatz und Freibereich entlang der westlichen Gebäudekante) zur Verfügung stehen. Da für die geplanten Maßnahmen kein schulisches Erfordernis festgestellt werden konnte, ist für diese Investition eine Förderung aus Schulbaumitteln nicht möglich.

Die zuvor versprochen € 50.000,- wurden nun vom Büro LHStv. Reinhold Entholzer zugesagt und daher kann das Projekt umgesetzt werden. Bgm. Dittersdorfer findet es schade, dass LR Hummer die Situation nicht vor Ort begutachtet hat. In der Schule sind 9 Bedienstete angestellt und auch die Bewohner der 2 Wohnungen dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Mit 4 Parkplätzen kann kein Auslangen gefunden werden. Man darf auch die Sportveranstaltungen nicht vergessen, die der Funcourt vermutlich mit sich bringen wird. Außerdem möchten die Besitzer der Villa Schröckenfux Trauungen in der Schulkapelle anbieten. Zurzeit werden einige VHS-Kurse in der

Volksschule abgehalten. Auch deren Besucher benötigen einen Parkplatz. Nicht zu vergessen die diversen Schulveranstaltungen. Das Projekt ist vollständig finanziert durch die BZ-Mittel des Landes. Selbst die Zinsen eines eventuellen Zwischenfinanzierungsdarlehens sind dadurch abgedeckt. Nun sind finanzielle Mittel für unsere Kinder, unsere Familien und unsere Jugend da. Bgm. Dittersdorfer freut sich schon auf die Umsetzung des Projektes.

GR Atzmüller:

Bewegung ist in der heutigen Zeit sehr wichtig. Besonders für Kinder ist Bewegung von Kindesalter an wichtig. Daher sollte die Schule dementsprechend ausgerüstet sein. Auch das Vereinsleben sollte gefördert werden. Das Projekt wurde von allen ordentlich durchgeplant. Bgm. Dittersdorfer hat dafür das Geld beschafft, dies ist in den Augen von GR Atzmüller eine große Leistung. € 400.000,- können nun für unsere Kinder investiert werden. Daher steht einer positiven Beschlussfassung nichts im Wege. GR Atzmüller stellt den Antrag, den betreffenden Finanzierungsplan in der vorliegenden Form zu beschließen.

GR Baumschlager:

Das Projekt wurde im Vorjahr gestartet. Laut Kostenschätzung lagen die Kosten damals, soweit er sich erinnern kann, bei € 300.000,-. Von der ÖVP-Fraktion wurden einige Vorschläge eingebracht. GV Menneweger hat eine Einbahnvariante vorgeschlagen. GR Baumschlager ist der Ansicht, dass die Vorschläge der ÖVP-Fraktion die Kosten um einiges reduzieren hätten können. Der nun vorliegende Plan wurde in einer Gemeinderatssitzung unter Allfälliges gezeigt. Für ihn ist es noch keine Zustimmung, nur weil man den Plan unter Allfälliges sieht. Geändert hat sich seit dem letzten Plan der Bereich rechts neben dem Funcourt, wo „möglicher Parkplatz“ geschrieben steht und wo drei Bäume eingezeichnet sind. Auch bezüglich des WCs wurde etwas geändert und die Spielgeräte sind hinzugekommen. Es wurden viele Vorschläge gemacht und es wurde über vieles beraten. Zum einen wurde über die Erhaltung gesprochen. GR Baumschlager nennt hier die Situation, dass jemand den Rasen mähen muss. Eine Fläche mit 4.000m² ist keine kleine Fläche. Auch in Bezug auf die Aufsicht wurden Bedenken geäußert. Eine Person alleine wird das Gelände nicht überblicken können. Ein weiterer Punkt ist, dass die Jugendlichen (wie z.B. in Roseau) nicht mit dem Auto zum Funcourt fahren werden sondern mit dem Fahrrad. Warum man so viele Parkplätze benötigt, ist der ÖVP-Fraktion ein Rätsel. Die genannten Gedanken wurden alle in die Vorschläge der ÖVP-Fraktion eingearbeitet. Leider sind diese Vorschläge auf dem endgültigen Plan nirgends zu finden. Einzig die Parkplätze wurden verringert. Die ÖVP-Fraktion ist der Meinung, dass auch eine kostengünstigere Lösung durchführbar ist. Es ist möglich, weniger Fläche zu nutzen und weniger auszugeben. Der Steuerzahler wird uns nicht böse sein, wenn wir bei Kosten in Höhe von € 400.000,- noch einmal über die Planung des Projektes nachdenken. Deshalb stellt GR Baumschlager den Antrag, die Beschlussfassung über den Finanzierungsplan auf unbestimmte Zeit zu vertagen um noch einmal über das Projekt nachdenken zu können. Die Planung ist das ausschlaggebende. Was jetzt verändert wird, kann in zehn Jahren nicht mehr gerettet werden. GR Baumschlager betont, dass die ÖVP-Fraktion nicht gegen das Projekt an sich ist. Jedoch wurde zu groß und zu teuer geplant. Dass es auch einfacher ginge, hat die ÖVP-Fraktion mit den eingebrachten Vorschlägen bewiesen. Die Mitglieder möchten einen Rückgang in die Planungsphase, bevor mit der Umsetzung begonnen wird. Deshalb wird nun ein Gegenantrag gestellt.

Bgm. Dittersdorfer:

Wie bereits erwähnt haben bis jetzt 9 Sitzungen stattgefunden und es wurde enorm viel geplant. Auf Wunsch der ÖVP-Fraktion ist man von 50 auf 30 Parkplätze zurückgegangen. Der Wunsch, dass die Einbahnregelung nicht umgesetzt wird, kam von der Schule.

GR Baumschlager:

Fragt, ob auf der BH Kirchdorf/Krems nachgefragt wurde, welche Lösung am besten wäre. GV Menneweger hat sich schließlich Gedanken zu dem Problem gemacht.

Bgm. Dittersdorfer:

Erinnert GR Baumschlager daran, dass die ÖVP und er selbst mit Bgm. Dittersdorfer, Vertretern des Landes Oö. und der BH Kirchdorf/Krems vor einigen Jahren die Ausfahrt bei der Volksschule begutachtet hat, da die Ausfahrt laut ÖVP sehr gefährlich ist und eine Änderung notwendig ist. Bgm. Dittersdorfer hat damals vorgeschlagen, dass es gut wäre die Einfahrt im Zuge des bevorstehenden Projektes zu verlegen. Der Vertreter des Landes hat daraufhin gemeint es wäre die beste Lösung die Einfahrt nach vorne zu verlegen. Dies würde nun umgesetzt. Dem Wunsch der ÖVP-Fraktion wurde somit entsprochen. Außerdem wurde dem Wunsch der ÖVP-Fraktion entsprochen und man ist von 50 auf 30 Parkplätze zurückgegangen. Dass mehr Spielgeräte angeschafft werden, wurde von der Schule gewünscht. In jedem Ausschuss und im Arbeitskreis haben sich die Mitglieder einstimmig dafür ausgesprochen, die Wünsche der Schule vorrangig zu behandeln. So wird es auch im Kindergarten und überall gehandhabt. Als der Spielplatz im Kindergarten gebaut wurde, hat man auch die Kindergärtnerinnen gefragt was sie möchten und brauchen, da sie dies besser wissen als die Gemeinderäte. Die Einbahnregelung wurde im Arbeitskreis vorgeschlagen. Bgm. Dittersdorfer verliest die betreffende Stelle im Protokoll:

Dir.ⁱⁿ Pölz erklärt, dass sich die Lehrer in einer Konferenz mit den Vorschlägen auseinandergesetzt haben. Die von den Ausschüssen bevorzugte Einbahnversion wird von den Lehrern nicht befürwortet, da Eltern ihre Kinder vermutlich nicht am Parkplatz sondern beim Vordereingang der Schule aussteigen lassen. Dadurch behindern sie nachkommende Autos und ein Stau entsteht, der bis auf die Vorderstoderer Landesstraße hinausreicht. Selbst wenn die Kinder am Parkplatz aussteigen würden, liefen sie vermutlich gegen die Fahrtrichtung zur Schule und dies wäre ebenfalls nicht förderlich. Laut Dir.ⁱⁿ Pölz würde die derzeitige Situation dadurch nicht verbessert werden. Daher sollte man die Variante mit dem Kreisverkehr wählen. Am oberen Ende des Parkplatzes soll ein Streifen für die kleineren Busse frei bleiben, damit die Kinder auf der richtigen Seite ein- und aussteigen.

GR Baumschlager:

Wenn die Einbahnregelung umgesetzt worden wäre, hätte man die Ausfahrt nach vorne und die Einfahrt an die Stelle der derzeitigen Ein- und Ausfahrt verlegt. Die Kinder könnten somit auf der Parkfläche aussteigen. Wer seine Kinder dennoch bei der Vorderstoderer Landesstraße aussteigen lässt, hat das System nicht kapiert. Es wird niemand sein Auto direkt auf der Landesstraße stehen lassen. Die Eltern werden in die Einbahn einfahren und ihr Kind auf der Parkfläche aussteigen lassen.

Bgm. Dittersdorfer:

Gibt zu bedenken, dass es tatsächlich zu einem Rückstau kommen könnte wenn in der Früh mehrere Autos in die Einbahn einfahren. Es geht hier um die Sicherheit der Kinder. Die ÖVP ist doch sonst so eine familienfreundliche Partei.

GR Baumschlager:

Die Einbahnregelung war nur ein Vorschlag. Jemand von der BH Kirchdorf/Krems könnte eventuell eine noch bessere Lösung vorschlagen. Es kann ja sein, dass jemand eine noch bessere Idee hat. GR Baumschlager hat nie gesagt, dass die Idee der ÖVP-Fraktion die beste ist.

Bgm. Dittersdorfer:

Die SPÖ-Fraktion hat auch nur eine „Möglichkeit“ vorgebracht. Von allen wurden Möglichkeiten eingebracht, dies nennt man Demokratie. Alle Parteien wurden bei der Planung involviert und zum Schluss waren sich alle einig, dass das Projekt passt. Bgm. Dittersdorfer hat das Projekt im Gemeinderat vorgebracht. Es ist egal ob dies unter Allfälliges geschah oder als Tagesordnungspunkt. Bgm. Dittersdorfer hat am Ende dieser Sitzung gefragt ob es Fragen gibt. Es gab keine Fragen. Nun da das Geld vorliegt, ist der ausgearbeitete Plan auf einmal nicht mehr in Ordnung. Bgm. Dittersdorfer ist sehr überrascht darüber.

GR Baumschlager:

Die ÖVP-Fraktion stimmt nicht gegen das Projekt selbst sondern nur gegen die Planung des Projektes. Es ist möglich weniger Steuergeld auszugeben und es ist möglich, die Fläche effektiver zu

gestalten. Von der Gemeinde wird eine Fläche von 4.000m² gepachtet. GR Baumschlager möchte wissen, ob der Pachtvertrag für 10 oder 20 Jahre abgeschlossen wird, was mit den Geräten passiert und wie hoch die Pachtkosten sind.

Bgm. Dittersdorfer:

Bgm. Dittersdorfer entgegnet, dass sie die Pachtkosten (0,10 Cent für den Hang und 0,50 Cent für die ebene Fläche) bereits in einer GR-Sitzung genannt hat. Sie kann keinen Pachtvertrag mit Herrn Mößlberger abschließen, solange das Ausmaß der benötigten Fläche immer wieder geändert wird. Es wäre schrecklich, wenn bereits ein Vertrag abgeschlossen und Geld für ein Teilgrundstück geflossen wäre, dass jetzt womöglich nicht benötigt wird. In der Gemeinde wurde bereits viel geplant. Noch nie hat Bgm. Dittersdorfer so etwas erlebt wie hier.

GR Baumschlager:

Die ÖVP-Fraktion hat in Bezug auf das Projekt stets die gleiche Meinung vertreten wie jetzt auch.

Bgm. Dittersdorfer:

Fragt sich, wofür 9 Sitzungen notwendig waren und worauf man sich dann eigentlich im Arbeitskreis geeinigt hat, wenn die ÖVP-Fraktion nun diese Ansicht vertritt. Die vielen Sitzungen wurden nicht zum Spaß abgehalten. 9 Sitzungen wurden abgehalten, bis man zum heute vorliegenden Ergebnis kam. Derart viele Sitzungen wurden noch nie für ein Projekt abgehalten.

GR Perner:

Die FPÖ-Fraktion hat sich ebenfalls mit dem Projekt auseinandergesetzt und möchte die Sicherheit der Schule und der Kinder fördern. Dennoch sind die Mitglieder der FPÖ-Fraktion der Meinung, dass das Projekt zu großzügig geplant ist. € 410.197,- sind nur eine Kostenschätzung ohne dass die Folgekosten mit einberechnet wurden. Bgm. Dittersdorfer hat ein Schreiben vorgelesen, wonach aus schulischer Sicht kein Erfordernis gegeben ist. Bedarfszuweisungen werden nur nach Verfügbarkeit im Land gewährt. Wenn das Land kein Geld hat, werden die BZ-Mittel nicht gewährt werden. GR Perner hat heuer gesehen, dass im Kindergarten für gewünschte Kleinigkeiten kein Geld ausgegeben wurde. Für dieses große Projekt wäre nun Geld vorhanden. GR Perner ist etwas verwundert darüber. Die FPÖ-Fraktion ist es den Kindern vergönnt, dass sie in eine gut ausgestattete Schule gehen können. Jedoch würde sie das Projekt ebenfalls gerne noch einmal genau überdenken. Die Kosten sollten im Rahmen bleiben. Schließlich sind wir eine Abgangsgemeinde. Wenn das Geld auch vorliegt, irgendwo muss es aufgenommen werden.

Bgm. Dittersdorfer:

Immer wenn ein BZ-Antrag gestellt wurde, hat die Gemeinde das Geld auch bekommen. Dass „nach Mitteln“ geschrieben wird, gehört zu einem Standardsatz. Dieser wird andauernd verwendet. Es war noch nie der Fall, dass BZ-Mittel nicht gewährt wurden, obwohl ein schriftlicher Finanzierungsplan vorliegt. Bgm. Dittersdorfer hofft, dass bekannt ist wie das Steuersystem in Österreich funktioniert. Dass es sich um Steuergeld handelt ist klar. Jeder Bürgermeister muss versuchen, dass er für seine Gemeinde das Beste bekommt. Bgm. Dittersdorfer nennt hier die NMS-Windischgarsten wo 3,6 Mio. Euro investiert wurden. Der Neubau der BH Kirchdorf/Krems kostet 16,3 Mio. Euro. Dagegen ist unser Projekt, das für unsere Kinder und Familien wirklich etwas bringt, mit € 400.000,- eine Kleinigkeit.

GR Atzmüller:

Es müssen sich alle darüber im Klaren sein, dass wenn der Beschluss auf unbestimmte Zeit hinausgezögert und der Plan geändert wird, wieder neu um Finanzierungsmittel angesucht werden muss. Beim Land Oö. wird man sich fragen, ob die Roßleithner noch bei Trost sind. Wir bekommen € 400.000,- damit ein Spielplatz errichtet werden kann, der von der Schule gewünscht wird und der der Schule zugutekommt (wird schließlich von ihnen am meisten genutzt). Das Projekt wird für unsere Kinder umgesetzt. Wir bekommen nicht € 300.000,- sondern € 400.000,-. Das Land Oö. gewährt der Gemeinde finanzielle Mittel, damit wir dieses tolle Projekt umsetzen können. GR Atzmüller versteht nicht, dass man nun wieder alles verzögert. Es werden wieder Sitzungen notwendig sein. Es müssen wieder Anträge gestellt und Beschlüsse gefasst werden. Womöglich wird

die BH Kirchdorf/Krems der Meinung sein, dass die Einbahnlösung nicht die beste Lösung ist sondern die Kreisverkehrlösung. GR Atzmüller ist der Ansicht, dass die Einbahnlösung keine Vorteile hat. Die Parkplätze werden bestimmt für diverse Vereinsmeisterschaften benötigt, die am Funcourt stattfinden werden. Auch für die Hochzeiten der Villa Schröckenfux sind die Parkplätze sinnvoll. Wir haben bereits gehört, dass VHS-Kurse in der Volksschule stattfinden. Mehr Parkplätze sind also nicht verkehrt. Bei Veranstaltungen müssen die PKWs am Schotterparkplatz hinter der Schule abgestellt werden. Das Geld ist vorhanden. Wir müssen nur noch „Ja“ sagen und können ein tolles Projekt umsetzen. GR Atzmüller versteht nicht, dass man weniger umsetzt, wenn das Geld doch gewährt wird.

GR Baumschlager:

Betont nochmals, dass es um Steuergeld geht.

GR Atzmüller ist selbst Steuerzahler und findet, dass sich das Geld in guten Händen befindet, da es für unsere Kinder verwendet wird.

GR Baumschlager:

Zugunsten der Steuerzahler sollte man Einsparungen vornehmen. Schließlich wäre eine Kostensenkung durchführbar.

GR Atzmüller:

In Österreich wird sehr viel Steuergeld verschwendet. Dieses Projekt ist in den Augen von GR Atzmüller keine Steuergeldverschwendung. Stets wird die Größe der Grundfläche beanstandet. Die Grundfläche wird sich nicht ändern und wird nicht kleiner werden. Es werden höchstens Geräte verschwinden. Alle haben positiv abgestimmt. GR Atzmüller versteht nicht, dass man sich zuerst einig ist und plötzlich nicht mehr. Wofür hat man sich dann beim Land Oö. um Geld bemüht. Man kann sich schließlich erst um Geld bemühen, wenn sich alle einig sind.

Bgm. Dittersdorfer:

Man spürt eindeutig, dass die Wahl bevorsteht. 1 ½ Jahre haben sich die teilweise heute anwesenden Gemeinderäte mit dem Projekt beschäftigt und sich bestimmt etwas dabei gedacht. Wenn die Beschlussfassung nun auf unbestimmte Zeit vertagt wird, werden die Karten wieder neu gemischt. Alle können wieder neu mit der Planung beginnen. Die Schule bekommt noch lange keinen Funcourt. Zudem werden die versprochenen € 410.000,- womöglich nicht mehr gewährt werden. Das Geld ist dann vielleicht weg. Ob nach den Wahlen überhaupt noch so viel Geld gewährt wird, weiß man nicht. Bgm. Dittersdorfer findet das Verhalten der beiden Fraktionen verantwortungslos. Sie ist erschrocken darüber, dass sie sich 1 ½ Jahre mit dem Projekt beschäftigt hat und die Entscheidung nun so aussieht. Bgm. Dittersdorfer hat sich bemüht und beim Land um BZ-Mittel angesucht. Sie hat eigentlich gehofft, dass die ÖVP-Fraktion sie bei der Beschaffung der Finanzierungsmittel unterstützt. In anderen Gemeinden fahren die ÖVP-Mitglieder zum Ressort mit. In den vergangen 6 Jahren ist dies nicht einmal geschehen. Bgm. Dittersdorfer hat sich stets alleine um Geld bemühen müssen – auch für die Vorhaben der ÖVP. Unterstützung hat sie dabei nie bekommen.

GR Pernkopf:

War seit der ersten Sitzung im Arbeitskreis dabei und hat von Anfang an immer gesagt, dass die Grundfläche bedeutend zu groß ist und dass zu viele Parkplätze geplant sind. Auf seine Initiative hin ist man von 50 auf 30 Parkplätze heruntergegangen. Er hat allerdings immer die Meinung vertreten, dass 30 Parkplätze immer noch zu viel sind. 10 Parkplätze würden für die Schule reichen. Die Folgekosten werden bei diesem Projekt stets vernachlässigt. GR Pernkopf sieht die Gemeinde bereits, wie sie nächstes Jahr ein weiteres Kommunalfahrzeug ankauft. Einen Rasenmähertraktor. Es werden hinterher auch noch Kosten entstehen. Mit € 410.000,- sind die Kosten nicht gedeckt. Dies möchte GR Pernkopf zur Diskussion stellen.

Bgm. Dittersdorfer:

Wenn es um die Erhaltungskosten geht, hätte man keinen einzigen Spielplatz und überhaupt nichts bauen dürfen. Kein Gemeindeamt. Auch keine Hackschnitzelheizung. Gar nichts.

GR Pernkopf:

Man darf schon bauen aber alles mit Maß und Ziel. Hier fehlt das Maß und Ziel. GR Pernkopf hat kein Verständnis dafür, wenn Parkplätze wie für einen Großbetrieb errichtet werden, wo 50 Leute zur Arbeit fahren. In der Schule gibt es 9 Bedienstete. Mit 10 zusätzlichen Parkplätzen würde eine gute Situation geschaffen werden. Für die Besucher von diversen Kursen ist der Schulhof durchaus als Parkfläche nutzbar.

Bgm. Dittersdorfer fragt GR Pernkopf, warum er dies in der Arbeitskreissitzung nicht gesagt hat.

GR Pernkopf beteuert, dass er seine Meinung sehr wohl im Arbeitskreis geäußert hat. Dort stand er mit seiner Meinung allerdings alleine da. Lediglich von Seiten des Elternvereins hat er Unterstützung bekommen. Seine Einstellung zum Thema hat er immer klar deponiert. Schlussendlich hat er die Meinung der Mehrheit zur Kenntnis genommen.

Bgm. Dittersdorfer:

Das ist Teil einer Demokratie. Wenn man etwas zur Kenntnis nimmt, kann man nicht im Nachhinein wieder dagegen sein. Entscheidungen, die im Gemeinderat getroffen werden können auch nicht im Nachhinein wieder geändert werden.

GR Pernkopf:

Damals hat er die Meinung der Mehrheit zur Kenntnis genommen. Nun steht wieder eine demokratische Entscheidung bevor. GR Pernkopf hat seiner Ansicht nach das Recht, seine Meinung nun kundzutun.

GR Ferstl fragt, ob diesbezüglich ein Protokoll vorhanden ist.

Bgm. Dittersdorfer erklärt, dass von jeder AK-Sitzung ein Protokoll existiert, das jeder Teilnehmende bekommen hat. Bgm. Dittersdorfer verliest das Protokoll der letzten AK-Sitzung vom 13.03.2015:

Frau Dir.ⁱⁿ Pölz ist mit dem geplanten Vorhaben sehr zufrieden. Auch für alle anderen Arbeitskreismitglieder ist der Plan in Ordnung. Die Wünsche sind klar. Baumeister Siegfried Kniewasser wird die noch fehlenden Objekte in die Kostenschätzung aufnehmen und diese in den nächsten 2-3 Wochen der Gemeinde zukommen lassen. Bgm. Dittersdorfer wird mit dem Plan und der Kostenschätzung zum Land Oö. fahren und finanzielle Unterstützung beantragen. Zudem wird sie mit dem Plan bei Herrn Mößlberger vorsprechen und ihm genaueres vorstellen, damit die Pacht festgelegt wird. Wenn nicht alle Ideen finanziert werden, muss man sich wieder zusammensetzen und etwas kürzen. Man sollte aber zumindest versuchen, so viel wie möglich für unsere Bürger zu erreichen. Da es sein kann, dass die finanzielle Unterstützung des Landes auf mehrere Jahre aufgeteilt wird, wäre es zumindest wichtig die Modellierung der Landschaft vorzunehmen und nach und nach die Geräte zuzukaufen. Sobald der Plan und die Projektkosten von Baumeister Kniewasser vorliegen, wird die Bürgermeisterin im Gemeinderat berichten.

Am 24.04.2015 hat Bgm. Dittersdorfer im Gemeinderat berichtet. Sie verliest das Protokoll:

Nachdem sich diverse Ausschüsse und der Arbeitskreis mit dem Thema befasst haben liegt nun der fertige Plan vor, welcher von Bgm. Dittersdorfer vorgezeigt wird. Die Parkplätze wurden von 50 auf 30 Stück verringert und die Spielfläche wurde auf Wunsch der Lehrer vergrößert. Der Funcourt ist gleich geblieben. Ein WC soll errichtet werden. Von der Schule wurde eine Busschleife gewünscht, damit die Kinder auf der richtigen Seite aussteigen können. Herr Baumeister Kniewasser hat die Spiel- und Sportfläche gemeinsam mit Herrn Platzer von der Fa. Gestra geplant. Die Kosten betragen € 341.831,- netto. Der Plan und die Kostenschätzung wurden beim Land Oö. vorgelegt. Einige Zusa-

gen sind bereits eingetroffen. Einige Zusagen sind noch ausständig. Wenn die schriftliche Genehmigung durch das Land Oö. vorliegt, wird man die Pachtverträge mit Herrn Mößlberger abschließen. Bgm. Dittersdorfer findet es gut, dass so viele Personen daran gearbeitet haben und jeder seine Ideen einbringen konnte. Sie hofft, dass ein toller Platz für unsere Kinder und unsere Jugend errichtet werden kann.

Bgm. Dittersdorfer erklärt, dass sie nach der Berichterstattung in der GR-Sitzung am 24.04.2015 alle GR-Mitglieder ausdrücklich gefragt hat ob es noch Fragen gibt. Niemand hat sich gemeldet. Bgm. Dittersdorfer fragt sich, ob das Ganze ein politisches Spiel vor der Wahl ist. Schließlich waren sich vor einiger Zeit noch alle einig.

GR Baumschlager:

Betont, dass es sich um kein politisches Spiel handelt. Wenn man sich die Fläche des neuen Planes ansieht fällt auf, dass die Fläche gleich groß geblieben ist.

Bgm. Dittersdorfer:

Die Fläche wurde von 6.000m² auf 4.000m² reduziert. Bgm. Dittersdorfer versteht deshalb nicht, warum die ÖVP-Fraktion nicht zufrieden ist. Man könnte fast glauben, es geht nur darum, dass ihre Idee nicht umgesetzt wurde. Wo soll man denn die ganzen Spielgeräte hinstellen, wenn kein Platz dafür vorhanden ist. Die Gemeinde Roßleithen besitzt eine Ganztagesesschule. Frau Reitmann geht mit den Kindern zum Teich etc., da die Spielgeräte nicht ausreichen. Die Volksschule wünscht sich mehr Spielgeräte. Bei ihren Hausbesuchen hat Bgm. Dittersdorfer immer wieder gehört, wie sehr sich die Bürger auf das Projekt freuen. Auch die Lehrkörper und die anderen Bediensteten der Schule freuen sich sehr darauf. Nun muss Bgm. Dittersdorfer ihnen sagen, dass daraus nichts wird.

GR Baumschlager:

Eine Vertagung des Beschlusses heißt nicht, dass das Projekt nicht umgesetzt wird. Es geht um BZ-Mittel und es geht um Steuergeld. Niemand wird uns böse sein, wenn wir weniger umsetzen.

Bgm. Dittersdorfer:

Schlägt vor, dass die ÖVP-Fraktion nach dieser Sitzung ihre Plakate umändert. Statt „mehr für Roßleithen“ sollte „weniger für Roßleithen“ darauf geschrieben stehen. Das Geld dass wir jetzt haben wird später womöglich nicht mehr zur Verfügung stehen.

GR Atzmüller:

Appelliert an GR Perner. In der Vergangenheit hat es immer gute Zusammenarbeit gegeben. Die SPÖ-Fraktion ist auf Unterstützung angewiesen. Es geht um unsere Kinder. Man kann entweder alles noch einmal durchkauen oder im nächsten Jahr mit der Umsetzung beginnen.

GR Perner:

Hat seine Meinung dazu bereits geäußert. Er ist mit dieser Ansicht nicht alleine. Die FPÖ-Fraktion ist 3x zusammengesessen und hat das Thema ausführlich diskutiert. Weltweit und auch in Österreich herrscht derzeit eine schwierige Situation. Man sollte genau überlegen, wofür Steuergeld ausgegeben wird. Im Kindergarten werden Kleinigkeiten abgelehnt weil die Summe zu großzügig ist. Hier müsste man plötzlich keine Einsparungen vornehmen. Von allen Parteien wurde die FPÖ am wenigsten in die Planung miteinbezogen. GR Perner dankt Bgm. Dittersdorfer für ihre Bemühungen aber kann dennoch nicht zustimmen. Eine genaue Kostenschätzung (inkl. Folgekosten, etc.) liegt nicht vor. Es geht hier nicht nur um die Schüler sondern auch um andere.

Bgm. Dittersdorfer:

Entgegnet, dass die Wünsche des Kindergartens den ordentlichen Haushalt betrafen. Das gegenständliche Projekt ist ein außerordentliches Projekt. Das sind zwei komplett verschiedene Dinge. Im Kindergarten geht es derzeit um ein Außerordentliches Projekt für eine Fußbodenheizung und eine Überdachung im Außenbereich. Ein Kostenbeitrag in Höhe von € 80.000,- wird dafür benötigt. Das Ansuchen um Finanzierung liegt derzeit beim Land Oö. Dieses Vorhaben ist eine Klei-

nigkeit im Vergleich zum heute vorliegenden Projekt und kostet auch € 80.000,-. Dennoch hat niemand Einwände dagegen. Beim Schul-Projekt ist das Geld zugesagt, deshalb sollte es auch verwirklicht werden. Das Projekt wäre auch eine Standortsicherung unserer Volksschule. Der Schulausschuss ist seit 6 Jahren in den Händen der ÖVP-Fraktion. Die Fraktion hätte jederzeit so ein Projekt in Angriff nehmen können da die Fraktion weiß, dass Bewegungsflächen gewünscht sind. Vom Kindergarten sind die Wünsche an GV Stummer und GR Pernkopf mittels Brief vorge-tragen worden. Beide sind Obleute der zuständigen Ausschüsse. Dennoch wurde keine Sitzung einberufen. Wieder einmal musste sich Bgm. Dittersdorfer der Sache annehmen. Bleibt zu hoffen, dass am Ende des Tages das Projekt nicht auch abgelehnt wird.

GR Perner:

Hat die Wunschliste im Ausschuss behandelt. Damals hieß es, man könnte nicht einmal eine Gi-tarre kaufen aber hier wird so viel Geld ausgegeben.

Bgm. Dittersdorfer:

Weist darauf hin, dass sie eine andere Wunschliste gemeint hat. Man sollte hier nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Bgm. Dittersdorfer hat die Wünsche in Bezug auf die Renovierung gemeint. Gerade eben hat sie Herrn GR Perner erklärt, dass es bei der anderen Wunschliste um den or-dentlichen Haushalt geht. Das Spiel- und Sportplatzprojekt hat nichts mit den Finanzen der Ge-meinde zu tun. Hier muss man das Geld vom Land beschaffen, da es sich um ein außerordentli-ches Projekt handelt. Sie hofft, dass die langjährigen Gemeinderäte/innen den Unterschied ken-nen.

GR Atzmüller:

Roßleithen hat es bis jetzt immer geschafft. Warum sollte das jetzt nicht auch so sein. Die Erhal-tungskosten werden ständig angesprochen. Diese werden bestimmt bewältigbar sein.

Bgm. Dittersdorfer:

In der Wahlwerbungsaussendung der FPÖ-Fraktion stand geschrieben, dass sich die Schulden der Gemeinde um 1 Mio. Euro erhöht haben. Der Grund für die Erhöhung waren vor allem der Kanalbau und die Neuerrichtung der Straße in der Islingbauersiedlung. Nicht erwähnt wurde al-lerdings, dass das Vermögen um 2 Mio. Euro gestiegen ist. Roßleithen ist eine der am wenigsten verschuldeten Gemeinden im Bezirk Kirchdorf.

GR Perner:

Österreich ist derzeit in einer schwierigen Lage, dies sollte man nicht vergessen. GR Perner ist Mitglied des Prüfungsausschusses und ist schon lange im GR dabei. Er kennt Roßleithen sehr gut. Die Bevölkerung wird den Gemeinderat für wahnsinnig erklären, wenn so viel Geld in dieses Pro-jekt investiert wird.

Vizebgm. Pawluk:

Bgm. Dittersdorfer hat sich in den letzten Jahren für viele Projekte eingesetzt. Während ihrer Amtszeit wurde beispielsweise der neue Bauhof errichtet und die gemeinsame Krabbelstube ins Leben gerufen. Vizebgm. Pawluk ist der Meinung, dass keine Partei dieses „mehr für Roßleithen“ für sich verpacken darf. Wenn jemand diesen Slogan für sich verwenden darf dann unsere Bür-germeisterin. Für die Schigebietserweiterung werden 100 Mio. Euro hinausgeschmissen. Der Schitourismus wird sich verkehrsmäßig auch bei uns auswirken. Für Vizebgm. Pawluk wäre die Einbahn eine schlechte Lösung gewesen. Die vorliegende Lösung ist besser. Nach den Wahlen wird man bestimmt kein Geld mehr bekommen. Der Slogan der ÖVP-Fraktion sollte tatsächlich „weniger für Roßleithen“ heißen. Nach dem Beschluss kann man immer noch Dinge kürzen.

GR Baumschlager:

Weist darauf hin, dass man das Schigebiet nicht mit dem Projekt bei der VS vergleichen kann. Bgm. Dittersdorfer hat immer gesagt, dass das Projekt nicht in Stein gemeißelt ist.

Bgm. Dittersdorfer:

Betont nochmals, dass bereits alle Ideen diskutiert wurden. 9 Sitzungen haben stattgefunden und eine demokratische Entscheidung wurde getroffen. Dabei kam der vorliegende Plan heraus. Nun weiß die ÖVP-Fraktion scheinbar nichts mehr davon.

GR Baumschlager:

Wenn jemand ein Haus baut, besorgt er auch nicht zuerst das Geld. Er plant genau und wenn die Kosten feststehen, wird das Geld besorgt. GR Baumschlager ist der Ansicht, dass man Steuergeld sparen sollte. Es ist schließlich die Aufgabe der Gemeinde, das Steuergeld verantwortungsvoll zu verwenden.

Bgm. Dittersdorfer:

Man könnte ewig über dieses Thema diskutieren. Sie schlägt vor, die Abstimmung durchzuführen und findet es sehr schade, dass die beiden Fraktionen diese Einstellung vertreten und nicht mehr zu ihrem Wort stehen.

Abstimmung:

Nach den näheren Bestimmungen der Geschäftsordnung hat der Vorsitzende laut Oö. Gemeindeordnung 1990 § 51 über die gestellten Anträge in der nachstehenden Reihenfolge abstimmen zu lassen:

- a) Antrag auf Vertagung
- b) Gegenanträge zum Antrag des Berichterstatters
- c) Antrag des Berichterstatters

Folglich wird an erster Stelle über den gestellten Antrag auf Vertagung abgestimmt, der folgendes Ergebnis bringt:

9 ÖVP-Stimmen + 1 FPÖ-Stimme für die Vertagung des Tops auf unbestimmte Zeit
9 SPÖ-Stimmen gegen die Vertagung des Tops auf unbestimmte Zeit

Beschluss:

Durch Handhebung beschließt der Gemeinderat mehrheitlich (10 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen), den Tagesordnungspunkt Nr. 3 -Projekt „Erweiterung der Außenanlagen bei der Volksschule Roßleithen (Errichtung Parkplätze, Funcourt, Sport- und Spielfläche)“; Finanzierungsplan – Beschluss; auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

4. Projekt "Katastrophenschäden im Eigentum der Gemeinde inkl. WEV-Schadensanteil (Hochwasser 2013)" - Überfinanzierung; Finanzierungsplan - Beschluss

Sachverhalt:

Zur Beseitigung der Schäden, die im Zuge des Hochwassers im Juni 2013 entstanden sind, sind Kosten in Höhe von € 182.663,00 angefallen. Diese Summe setzt sich wie folgt zusammen:

Vom Wegeerhaltungsverband gemeldete Schadenssumme:	€ 130.870,00
Schäden Wildbach- und Lawinerverbauung:	€ 49.300,00
<u>Eigene Ausgaben der Gemeinde Roßleithen:</u>	<u>€ 2.493,00</u>
<u>Gesamtkosten</u>	<u>€ 182.663,00</u>

Die Finanzierung dieser Kosten erfolgte lt. einem von der Direktion Inneres und Kommunales erstellten Finanzierungsplanes vom 06.02.2015 (vom Gemeinderat beschlossen am 24.04.2015) von nachstehend angeführten Stellen:

BMF, Katastrophenfonds	€ 91.331,00
Land Oö. Katastrophenfonds	€ 20.717,00
<u>Land Oö. Bedarfszuweisungsmittel</u>	<u>€ 70.615,00</u>
Gesamt	€ 182.663,00

Diese Mittel wurden auch bereits an die Gemeinde ausbezahlt, bzw. von der Gemeinde an den WEV Eisenwurzen und an die Wildbach- und Lawinenverbauung weitergeleitet.

Nach Überprüfung des Projektes durch die Gemeinde hat sich nun herausgestellt, dass nicht – wie ursprünglich kommuniziert wurde – die gesamten Kosten an die Gemeinde zuzuzahlen und von der Gemeinde an die zuständigen Stellen weiter zu leiten waren, sondern ein Betrag in Höhe von € 52.348,00 vom Land Oö. direkt an den Wegeerhaltungsverband Eisenwurzen überwiesen wurde.

Weiters wurde in der Zwischenzeit von der Wildbach- und Lawinenverbauung eine Rückzahlung in Höhe von € 2.626,00 für ein früheres ao. Projekt an die Gemeinde angewiesen.

Beim a.o.Vorhaben „Hochwasser Juni 2013“ besteht somit derzeit ein Überschuss in Höhe von € 54.974,00. Dieser Betrag bedeutet einen Übergenuss von Bedarfszuweisungsmittel für das gegenständliche Projekt und ist dem Land Oö. zurück zu zahlen.

Mit Schreiben vom 27.08.2015 übermittelte die Direktion Inneres und Kommunales des Landes Oö. folgende korrigierte Finanzierungsdarstellung, die nun vom Gemeinderat zu beschließen wäre:

Bezeichnung der Finanzierungsmittel	2014	2015	Gesamt in Euro
BMF, Katastrophenfonds	71.900	19.432	91.332
Bedarfszuweisungsmittel		15.641	15.641
WLV-Rückvergütung		2.625	2.625
LZ, Katastrophenfonds - für Gemeindegeschaden		20.717	20.717
LZ, Katastrophenfonds - für WEV-Schaden		52.348	52.348
Summe in Euro	71.900	110.763	182.663

GV Grassecker:

Es wurde ausführlich über den Sachverhalt berichtet. Wie bereits gehört, sind finanzielle Mittel an das Land Oö. zurückzuzahlen. GV Grassecker stellt daher den Antrag, den betreffenden Finanzierungsplan in der vorliegenden Form zu beschließen.

GR Ferstl:

Dankt für die Ausführungen. Leider müssen nun Bedarfszuweisungsmittel zurückgezahlt werden, über die man im Vorhinein froh war. GR Ferstl schließt sich dem Antrag an.

Beschluss:

Durch Handhebung beschließt der Gemeinderat einstimmig, den vorliegenden Finanzierungsplan in Bezug auf eine entstandene Überfinanzierung hinsichtlich des Projektes „Katastrophen-schäden im Eigentum der Gemeinde inkl. WEV-Schadensanteil (Hochwasser 2013) zu genehmigen.

5. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5 (Änderungsplan Nr. 5.10 - A1-Telekom Austria/Perner Adolf); Genehmigung - Beschluss

Sachverhalt:

Von der Fa. A1 Telekom Austria AG wurde mit Schreiben vom 22.05.2015 ein Antrag auf Änderung des Flächenwidmungsplanes für die Errichtung einer Telekommunikationsanlage auf dem Grundstück 381/8 EZ 32, KG Pichl an die Gemeinde übermittelt. Eigentümer dieses Grundstückes ist Hr. Adolf Perner jun., wh. in 4575 Roßleithen, Pichl 313. Herr Adolf Perner hat in der Folge am 02.06.2015 den konkreten Umwidmungsantrag der Gemeinde übermittelt.

Die Fa. A1 Telekom Austria AG möchte hiermit ihrem Versorgungsauftrag nachkommen – welcher im öffentlichen Interesse liegt - und auf dem gegenständlichen Grundstück einen Gittermast mit einer Höhe von 43,5 m errichten.

Für dieses Vorhaben wäre eine Fläche im Ausmaß von 10 mal 7 Meter (70 m²) im Flächenwidmungsplan als „Sonderausweisung Funkanlagen im Grünland“ zu widmen bzw. ein diesbezügliches Änderungsverfahren einzuleiten.

Die tatsächlich verbaute Fläche (Fundament mit aufstehendem Masttragwerk) beträgt nach Fertigstellung 5,6 mal 5,6 Meter. Die technische Ausrüstung wird unter einem Schutzdach am Fundament untergebracht.

Lt. Schreiben vom 22.05.2015 der A1 Telekom Austria AG trägt die Fa. EQOS Energie Österreich GmbH, Linz die im Zusammenhang mit dem Verfahren anfallenden Kosten.

Die Vorsitzende bringt die vom Raumplaner der Gemeinde, DI Altmann zu diesem Umwidmungswunsch eingeholte Stellungnahme wie folgt zur Kenntnis:

Umwidmung

Für eine Teilfläche des Grundstückes mit der Nummer 381/8, KG Pichl, im Ausmaß von 70m² ist eine Sonderausweisung für eine Funkanlage gem. §30a Oö. ROG beantragt. Die nachfolgende Stellungnahme beruht auf Angaben der Fa. A1 Telekom Austria zur geplanten Sendeanlage und einem Lokalausweischein.

Lage, Ausmaß, Nutzung

Die betroffene Fläche liegt etwa 2km nordwestlich des Ortszentrums in Pichl.

Abb. 1: Ausschnitt Flächenwidmungsplan Nr. 5 – geplante Änderung umgrenzt



Die antragsgegenständliche Fläche liegt zwischen der Autobahn A9 im Westen, einer Waldfläche im Norden und einer Gemeindestraße im Süden bzw. Osten. In der Flächenwidmung schließt allseitig landwirtschaftliches Grünland an und ist auf dem gegenständlichen Grundstücksteil aufbauend auf den DKM-Stand zum Zeitpunkt der Planerstellung die Ersichtlichmachung Wald festgelegt. In der aktuellen Katasterfassung (DKM 2014) ist die Waldgrenze allerdings übereinstimmend mit dem Naturstand bereits um 5-10m von der Straßengrenze nach Nordwesten verschoben. Die Ersichtlichmachung „Wald nach Forstrecht“ ist daher entsprechend zu korrigieren. Die nächsten Gebäude befinden sich in einem Abstand von 260m in südwestlicher Richtung zum geplanten Maststandpunkt (Hof des betroffenen Grundeigentümers) bzw. 350m im Südwesten (einzelne bestehende Wohngebäude im Grünland) und Südosten (Betriebsbaugelände).

Die Erschließung kann über den unmittelbar angrenzenden Feldweg mit Brücke über die Autobahn sichergestellt werden.

Gemäß Antragsteller ist für den Ausbau des 4G-Netzes die Errichtung eines 43,5m hohen Gittermastes am gegenständlichen Standort geplant. Die verbaute Fläche wird 5,6x5,6m betragen, die technische Ausrüstung soll unter einem Eifallschutz am Fundament untergebracht werden.

Naturraum, Orts- und Landschaftsbild

Naturräumlich ist die Umgebung des geplanten Sendemastes einerseits stark geprägt durch Lage an der Autobahn, die im Nahbereich verlaufenden Leitungen (220kV-APG mit Gittermasten etwa 200m nördlich und 30kV der EnergieAG) und die darüber hinaus ausschließlich land- und forstwirtschaftlich genutzte Landschaft im Talbereich der Teichl mit hohen Waldanteilen.

Durch die technische Infrastruktur besteht eine starke Vorbelastung im Landschaftsbild. Die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes kann auf dem gegenständlichen Standort durch den Baumbestand (Waldrandzone mit ca. 20m hohem Fichtenbestand) reduziert werden, wodurch die Basis des Mastes, sowie die technische Ausstattung zumindest zweiseitig verdeckt werden.

Bewertung der Umwidmung, Übereinstimmung mit dem Örtlichen Entwicklungskonzept

Nach dem Oö.ROG 1994, §36, Abs. (1) sind Flächenwidmungspläne zu ändern „... wenn es das Gemeinwohl erfordert“ bzw. gem. Abs. (2) „... wenn öffentliche Interessen, die nach diesem Landesgesetz bei der Erlassung von solchen Plänen zu berücksichtigen sind, dafür sprechen...“. Im gegenständlichen Fall kann ein solches öffentliches Interesse angenommen werden, zumal der Gesetzgeber unter den Raumordnungsgrundsätzen und -zielen „die Sicherung und Verbesserung einer funktionsfähigen Infrastruktur“ (§2, Abs. (1) O.ö.ROG) anführt. Außerdem hat der Betreiber A1 mit dem Erwerb der Mobilfunkfrequenz auch die Ausbaupflichtung in vielen ländlichen Gemeinden Österreichs übernommen.

Bei Interessensabwägung zwischen Schutz des Landschaftsbildes und Verbesserung der Infrastruktur kann im vorliegenden Fall aus ortsplannerischer Sicht der Eingriff ins Landschaftsbild als vertretbar beurteilt werden. Jede Sendeanlage stellt zwar ein naturräumliches „Opfer“ dar, in Anbetracht des räumlichen Wirkungsbereiches der Anlage kann dieser Standort allerdings als noch landschaftsbildverträglich angesehen werden.

Unter der Voraussetzung der Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Antenne, sind die zur Auswahl stehenden Möglichkeiten einer optischen Abschirmung des Mastes durch den Baumbestand ausgenutzt.

Bedingt durch die Grünlandwidmung und Kleinflächigkeit der Widmungsänderung besteht kein Widerspruch zum Örtlichen Entwicklungskonzept Nr. 2.

Die Einleitung des Umwidmungsverfahrens erfolgte mit GR-Beschluss vom 19.06.2015.

Mit Schreiben vom 29.06.2015 wurden von der Gemeinde Roßleithen der Abteilung Raumordnung des Landes Oö. die diesbezüglichen Unterlagen zur Überprüfung und Stellungnahme übermittelt.

Die Abteilung Raumordnung des Landes Oö. übermittelte der Gemeinde am 03.08.2015 folgende Stellungnahme:

Mit dieser Änderung ist beabsichtigt, einen Teil des Grundstückes 381/8 KG Pichl von „lafowi Grünland“ (überlagert mit der Ersichtlichmachung Wald) in „Grünland Sonderausweisung für Funkanlage“ im Ausmaß von ca. 70 m² umzuwidmen sowie die Ersichtlichmachung „Wald entsprechend der Forstrechtlichen Planung“ um ca. 5 bis 10 m Richtung Nordwesten zu verschieben (Anpassung an Naturstand).

Übereinstimmend mit den Stellungnahmen der am Verfahren mitbeteiligten Bezirksforstinspektion GB Kirchdorf a.d.Kr, der ASFINAG und des Regionsbeauftragten für Natur- und Landschaftsschutz kann auch von Seiten der Örtlichen Raumordnung die vorliegende Änderung vertreten werden.

Ein Widerspruch zu den Festlegungen im rechtswirksamen Örtlichen Entwicklungskonzept wird nicht festgestellt.

*Hinweis: Die fachliche Beurteilung bezieht sich nur auf den im Plan ausgewiesenen Änderungsbe-
reich/Planungsraum.*

In der Zwischenzeit erfolgte auch die nachweisliche Verständigung der betroffenen Grundanrainer sowie verschiedener öffentlichen Institutionen (Kammern, Post- u. Telekom Austria AG, Oö. Umweltschutzanstalt usw.). Es sind innerhalb der vorgegebenen Frist keine bzw. keine ablehnenden Stellungnahmen bei der Gemeinde Roßleithen eingelangt.

Vizebgm. Pawluk:

Bestimmt sind nicht alle Bürger erfreut über die Errichtung einer Telekommunikationsanlage. Dennoch möchte jeder telefonieren und dafür benötigt der Anbieter A1-Telekom einen weiteren Masten. Von Seiten der Behörden gibt es keine Einwände und daher stellt Vizebgm. Pawluk den Antrag, die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5 (Änderungsplan Nr. 5.10 – A1 Telekom Austria / Perner Adolf) in der vorliegenden Form zu genehmigen.

GR Brandstätter schließt sich dem gestellten Antrag an.

Beschluss:

Durch Handhebung beschließt der Gemeindevorstand einstimmig, die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5 (Änderungsplan Nr. 5.10 – A1-Telekom Austria/Perner Adolf) in der vorliegenden Form zu genehmigen.

6. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5 (Änderungsplan Nr. 5.11 - Schmid Hannes) Genehmigung - Beschluss

Sachverhalt:

Dieser Top ist abgesetzt.

7. Bericht des Prüfungsausschusses vom 27.08.2015 - Kenntnisnahme

Sachverhalt:

Der vom Prüfungsausschuss erstellte Bericht über die Gebarungsprüfung vom 27.08.2015 wird dem Gemeinderat von der Bürgermeisterin vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht und erläutert.

Die Belege vom 27.05.2015 (Nr. 3057) bis 20.08.2015 (Nr. 4846) wurden überprüft. Sämtliche Belege sind von der Bürgermeisterin bzw. deren Stellvertreter unterschrieben.

Beim Beleg 3204 (Annahmeanordnung – BZ-Ausgleich o.H.2014) ist ein Schreiben des Landes OÖ angeschlossen, worin steht: „Die Gemeinde Roßleithen hat ehest möglich einen entsprechenden Bedeckungsvorschlag für die Ausfinanzierung des schließlich verbleibenden Abganges beim KG-Projekt „Bauhof Schweizersberg“ iHv. rd. € 78.000,- vorzulegen“.

Der Prüfungsausschuss bittet um Klärung, ob hier schon diverse Schritte gesetzt wurden.

lt. Bgm. Dittersdorfer wurde das Ansuchen um Erhöhung des Darlehens bereits gestellt und liegt dem Büro LHStv. Entholzer und der IKD vor.

Aufgefallen ist auch, dass der Stromverbrauch im Gemeindeamt im letzten Jahr sehr gestiegen ist.
Ca. 3500 kW.

Bgm. Dittersdorfer erklärt, dass es sich um einen Mehrverbrauch von 2.651 kW handelt. Mögliche Ursachen sind der seit November 2014 laufende zweite PC in der Buchhaltung und der Ortsbrunnen, der laut Gerhard Eder seit einer Erneuerung im Sommer 2014 täglich von 8.00 – 17.00 Uhr läuft. In Summe sind es € 320,- Mehrkosten im Jahr. Bgm. Dittersdorfer ist der Meinung, dass auch die vielen Veranstaltungen im Mehrzwecksaal eine Ursache für den erhöhten Verbrauch sind. Da allerdings € 35,- Saalmiete verlangt werden, hat man den Betrag nach 10 Veranstaltungen herein gewirtschaftet.

Wurden die gegebenen Empfehlungen des Prüfungsausschusses dieser Legislaturperiode beachtet (Beilage A)

Es wurde eine Übersicht über sämtliche Sitzungen des Prüfungsausschusses ab November 2009 erstellt. Hier sind alle Tagesordnungspunkte mit den gegebenen Empfehlungen des Prüfungsausschusses ersichtlich.

Einige Anregungen des Prüfungsausschusses haben Erfolg gebracht. Aufgrund dieser Aufstellung wird ersichtlich, dass der Ausschuss viel Arbeit während dieser Legislaturperiode geleistet hat.

Bemerkt wird, dass bei der Sitzung am 04.09.2014 der sukzessive Austausch durch LED-Lampen bei der Straßenbeleuchtung befürwortet wurde. Es wird nochmals hingewiesen, dass eine genaue Aufzeichnung über den Einbau bzw. Austausch der LED-Lampen aufgrund der Garantieleistung geführt werden soll (sofern nicht schon erledigt).

Bgm. Dittersdorfer erklärt im GR, dass in der Buchhaltung bereits eine Aufzeichnung über den Einbau bzw. Austausch der LED-Lampen erstellt wurde.

Verfügunsmittel/Repräsentationsausgaben – Übersicht (Beilage B)

Dem Prüfungsausschuss werden alle getätigten Ausgaben betreffend Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben ab 01. Jänner 2015 bis zum letzten Buchungsdatum 20.08.2015 anhand einer Übersicht vorgelegt.

Verfügungsmittel dürfen 3 %o der veranschlagten Gesamtausgaben nicht übersteigen. Laut Voranschlag 2015 stehen der Bürgermeisterin € 9.900,- für das Jahr 2015 zur Verfügung. Der derzeitige Stand ist € 6.762,24.

Repräsentationsausgaben dürfen 1,5 %o der veranschlagten Gesamtausgaben nicht übersteigen. Laut Voranschlag 2015 sind dies € 4.900,-. Der derzeitige Stand ist € 803,88.

Der Prüfungsausschuss stellt fest, dass die Summen der Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben noch im Rahmen sind.

Bgm. Dittersdorfer ist der Meinung, dass sie mit Ausgaben in Höhe von ca. € 800,- bei einem zur Verfügung stehenden Budget in Höhe von € 4.900,- nicht nur im Rahmen liegt sondern sehr sparsam war.

Allfälliges:

Der Vorsitzende dankt für die Vorbereitungsarbeiten der Buchhalterinnen und dankt für die gute Zusammenarbeit im Prüfungsausschuss.

8. Allfälliges

Sachverhalt:

Konstituierende Sitzung:

Bgm. Dittersdorfer gibt bekannt, dass die Konstituierende Sitzung am 6. November 2015 um 19:00 Uhr stattfindet und bittet darum, den Termin vorzumerken. Bezirkshauptmann Dr. Dieter Goppold wird anwesend sein und die Angelobung vornehmen.

Aufnahme von Flüchtlingen im Gemeindegebiet:

GR Perner:

In der letzten Familien-, Senioren- und Integrationsausschusssitzung wurde die Aufnahme von Flüchtlingen im Gemeindegebiet besprochen. GR Perner würde gerne wissen, was bei der Bürgermeisterkonferenz herausgekommen ist.

Bgm. Dittersdorfer:

Derzeit ist nicht geplant, dass die Gemeinde Roßleithen Flüchtlinge aufnehmen muss. Sie erwähnt, dass in der Straßenmeisterei Rosenau 30 Flüchtlinge, in der Straßenmeisterei Kirchdorf/Krems 50 Flüchtlinge und in der Straßenmeisterei Kremsmünster 100 Flüchtlinge einquartiert wurden. Zurzeit ist vor allem wichtig, dass keine „Hetze betrieben wird. Wenn es soweit kommen sollte, dass Roßleithen Flüchtlinge aufnehmen muss, wird rechtzeitig eine Bürgerinformation stattfinden um der Bevölkerung Informationen zu geben und ihr die Ängste zu nehmen.

Bgm. Dittersdorfer dankt allen für die Hilfsbereitschaft und das Verständnis und findet es schade, dass die Zusammenarbeit nicht auf jedem Gebiet so gut funktioniert. Sie hätte sich diese Zusammenarbeit auch im Bezug auf das Thema Spiel-, Sport- und Parkflächen gewünscht. Jedoch leben wir in einer Demokratie. Die Meinung der Mehrheit ist zu akzeptieren. Bgm. Dittersdorfer wünscht allen Gemeinderäten/innen eine schöne Woche. Am nächsten Sonntag werden dann die Weichen neu gestellt. Für die Zukunft wünscht Bgm. Dittersdorfer viel Erfolg und vor allem Gesundheit. Abschließend wünscht sie den Anwesenden noch einen schönen Abend.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung um 20:10 Uhr.

.....
Vorsitzende

.....
Schriftführer

Die Reinschrift dieser Verhandlungsschrift lag bis zur Sitzung des Gemeinderates vom und während der Sitzung zur Einsicht für die Mitglieder und Ersatzmitglieder, die an der Sitzung teilgenommen haben, auf.

Gegen die aufliegende Verhandlungsschrift wurden keine Einwendungen erhoben*, über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst*.

Roßleithen, am

.....
Vorsitzende

.....
für die SPÖ-Gemeinderatsfraktion

.....
für die ÖVP-Gemeinderatsfraktion

.....
für die FPÖ-Gemeinderatsfraktion

*Nichtzutreffendes streichen